

Niederschrift

**über die 3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 04.02.2026 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang	CDU
Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Fabian Filatov	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Ramon Kimmel	CDU
Herr Oliver Kohl	CDU
Herr Maximilian Kulesza	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Kevin Schneider	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Herr Martin Sudhoff	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Frau Sandra Wiemers	CDU
Herr Philipp Wiese	CDU
Frau Danielle Winterberg	CDU
Herr Tristan Zeitter	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Herr Ben Juan Eisenblätter	SPD
Frau Hannah Hammer	SPD
Frau Andrea Janeck	SPD
Herr Markus Kannemann	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Marlon Buchholz	AfD
Herr Rodion Ferdman	AfD
Herr Axel Hoffmeister	AfD
Frau Sibylle Owsianowski	AfD
Herr Dietmar Vocke	AfD
Frau Lisa Didschuneit	Bündnis 90/Die Grünen

Frau Anne Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jan Volkenstein	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Yorck-Peter Wolf	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Uwe Gramminger	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Frau Emma Noack	Die Linke
Frau Elisabeth Verbeet	Die Linke
Herr Klaus Wockenfoth	Die Linke
Herr Andreas Benoit	Bürgeraktion Piraten
Herr Ludger Reffgen	Bürgeraktion Piraten
Herr Ulrich Siedentop	Bürgeraktion Piraten

Von der Verwaltung

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Martin Wiedersprecher	Kämmerer
Herr Roland Becker	Amtsleiter
	Bürgermeisterbüro
Herr Torsten Schlüter	Beratungs- und
	Prüfungsamt
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Dr. Heimo Haupt	AfD
Herr Michael Steinbach	AfD
Frau Stephanie Steinbeck	AfD
Herr Eike Jens Schuster	Bündnis 90/Die Grünen

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Flüchtlingssituation in Hilden
- 4 **Allgemeine Ratsangelegenheiten**
 - 4.1 Beschluss zur Niederschrift der Ratssitzung am 24.09.2025
WP 25-30 SV 01/032
 - 4.2 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien
WP 25-30 SV 01/031
- 5 **Haushalts- und Gebührenangelegenheiten**
 - 5.1 Kommunaler Gesamtabschluss für das Jahr 2022
WP 25-30 SV 20/028
 - 5.2 Grundsteuerhebesatzsatzung 2026
WP 25-30 SV 20/026
 - 5.3 Änderung der Friedhofsgebührensatzung (34. Nachtrag)
WP 25-30 SV 68/005
 - 5.4 Nachtrag zur Änderung der Schulsatzung der Musikschule
WP 25-30 SV 41/013
- 6 **Anträge**
 - 6.1 Audiovisuelle Dokumentation und Bereitstellung von Rats- und Ausschusssitzungen zur Stärkung der Transparenz und Inklusion; Antrag der Fraktion Die Linke vom 12.01.2026
WP 25-30 SV 01/033
 - 6.2 Antrag der AfD-Fraktion vom 16.12.2025: Stärkung demokratischer Identität: Dauerhafte Beflaggung öffentlicher Gebäude der Stadt Hilden mit der Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold
WP 25-30 SV 01/034
 - 6.3 Antrag des Jugendparlamentes vom 19.01.2026: Beratender Sitz im Ausschuss für Kultur- und Heimatpflege
WP 25-30 SV 01/035

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Antrag der AfD-Fraktion: Einführung eines KI-Assistenten zur Bürgerberatung

8.2 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Zeitrahmen zur Erstellung von Niederschriften

8.3 Antrag SPD-Fraktion: Leuchtschrift "Hilden - was liegt näher"

8.4 Antrag SPD-Fraktion: Beitritt zum Netzwerk "Sicher im Dienst"

8.5 Antrag zum Haushalt FDP-Fraktion: Grundsteuer

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Presse sowie die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte zunächst fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Anschließend gratulierte er den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm Reffgen/ BA I Piraten beantragte die Ergänzung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag „Begrenzung des Kreisumlagebedarfs im Kreishaushalt 2026“, den die Ratsfraktionen Bürgeraktion I Piraten und Die Linken am 03.02.2025 per E-Mail an die Verwaltung übersandt hatten.

Rm C. Schlottmann / CDU sprach sich gegen die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung aus, da dieser kurzfristig eingereicht worden sei und sich ihr die Dringlichkeit nicht erschließe. Sie plädierte für eine Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 25.03.2026.

Rm Reffgen/ BA I Piraten widersprach und führte aus, dass die Verwaltung bereits vor zehn Tagen allen Fraktionen einen entsprechenden Antragsentwurf aus Ratingen weitergeleitet habe. Der Antrag sei daher nicht neu. Da die Beratungen zum Kreishaushalt bereits liefen, sei aus seiner Sicht eine Dringlichkeit gegeben.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, ließ sodann über die Ergänzung der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis zur Ergänzung der Tagesordnung um den Antrag „Begrenzung des Kreisumlagebedarfs im Kreishaushalt 2026“:

Mehrheitlich abgelehnt bei

6 Ja- Stimmen (BA I Piraten und Die Linken),

43 Nein-Stimmen (CDU: 20, SPD: 11, Grüne: 6, AfD: 5 sowie Bürgermeister Dr. Pommer) sowie

3 Enthaltungen (FDP).

Anschließend erkundigte sich der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, ob weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung vorlägen.

Rm C. Schlottmann/ CDU beantragte, den TOP 5.2 „Grundsteuerhebesatzsatzung 2026“ in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 25.03.2026 zu vertagen. Hierzu erhob Rm Joseph/ FDP formale Gegenrede. Bürgermeister Dr. Pommer ließ daraufhin über den Vertagungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis über die Vertagung von TOP 5.2 in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Mehrheitlich beschlossen bei

42 Ja-Stimmen (CDU: 20, SPD: 11, Grüne: 6, AfD: 5),

9 Nein-Stimmen (BA | Piraten, Die Linke und FDP) sowie

1 Enthaltung (Bürgermeister Dr. Pommer).

Abschließend beantragte Bürgermeister Dr. Claus Pommer die Absetzung von TOP 5.4 „Nachtrag zur Änderung der Schulsatzung der Musikschule“, da noch weitere Änderungen erforderlich seien und zunächst eine Vorberatung im Ausschuss für Kultur- und Heimatpflege erfolgen solle. Da keine Gegenrede erhoben wurde, wurde die Absetzung einstimmig beschlossen

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Es lagen keine Befangenheitserklärungen vor.

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

3 Flüchtlingssituation in Hilden

Der Erste Beigeordnete Eichner berichtete, dass derzeit Unterbringungskapazitäten für insgesamt 1.004 Personen zur Verfügung stünden. Hiervon seien aktuell 648 Plätze belegt (410 Männer, 238 Frauen), darunter 69 Personen aus der Ukraine. Somit stünden noch 356 Plätze zur Verfügung.

Nach der Meldung vom 30.01.2026 bestehe eine Aufnahmeverpflichtung für 104 Personen; die Erfüllungsquote liege bei 88,59 %. Die Zahl der Zuweisungen sei zuletzt deutlich zurückgegangen. Das Fachamt befinde sich im Austausch mit dem Amt für Gebäudewirtschaft, inwieweit bestehende Unterkünfte perspektivisch aufgegeben oder zurückgebaut werden könnten. Die detaillierte Altersstruktur werde der Niederschrift als Anlage beigelegt. Im Übrigen werde auf die Beratungen im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration verwiesen.

Rm Buchholz/ AfD erkundigte sich nach dem Stand der Einführung der Bezahlkarte in Hilden. Erster Beigeordneter Eichner führte aus, dass sich die Verwaltung hierzu in Abstimmung mit dem Land befinde. Über den aktuellen Sachstand solle im kommenden Sozialausschuss sowie im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration berichtet werden.

4 Allgemeine Ratsangelegenheiten

4.1 Beschluss zur Niederschrift der Ratssitzung am 24.09.2025

WP 25-30 SV
01/032

Rm Reffgen / BA I Piraten führte aus, dass ein entsprechender Antrag den Fraktionen bereits schriftlich vorgelegen habe und damit allen bekannt gewesen sei. Eine reine Vertagung erscheine ihm paradox, da der Vertagungsgrund (ein Prüfauftrag) sachlogisch mit dem Antrag verbunden gewesen sei. Zudem habe die Verwaltung den E-Mail-Verkehr (inkl. eines Schreibens der Allianz) im Original erhalten; die Kopie sei auch bei Herrn Stuhlträger angekommen, sodass davon auszugehen sei, dass die Verwaltung informiert gewesen sei. Die Presseberichterstattung habe dies ebenfalls aufgezeigt.

Rm Schneider/CDU erklärte, die CDU werde der Änderung nicht zustimmen; es sei seiner Erinnerung nach nicht um einen Prüfauftrag gegangen, sondern um noch zu klärende Fragen im Stadtentwicklungsausschuss.

Rm Joseph/ FDP schloss sich der Darstellung von Rm Reffgen an und wies darauf hin, dass der Antrag in einer früheren Beratungsrunde von Herrn Kalversberg vorgetragen worden sei; ihm sei vom Antragsteller telefonisch versichert worden, dass der Kreisverkehr Bestandteil der Prüfung sein solle. Er habe außerdem festgestellt, dass die Verwaltung in einer an die FDP gerichteten E-Mail in Cc gewesen sei.

Rm Graminger/FDP verlas Passagen aus dem Schriftsatz von Herrn Kalversberg; hierin seien sowohl eine Vertagung als auch ein Prüfauftrag an die Verwaltung enthalten gewesen, einschließlich der Formulierung, dass Machbarkeit und Kosten dem zuständigen Ausschuss und dem Rat vorzulegen seien. Der Antrag sei nicht getrennt abgestimmt worden.

Rm Remih/FDP merkte an, die Niederschrift bilde lediglich die Abstimmung über die Vertagung ab; es habe jedoch weitere Wortbeiträge gegeben, die festzuhalten seien.

Der Vorsitzende, Dr. Claus Pommer, stellte klar, dass der Antrag zwar bekannt gewesen sei, jedoch nicht formell im Rat eingereicht, sondern lediglich vorab per E-Mail angekündigt worden sei; deshalb sei er nicht zur Abstimmung gestellt worden. Er wies zugleich darauf hin, dass die Regeln der Geschäftsordnung einzuhalten seien.

Rm K. Buchner/ SPD betonte, die antragstellende Fraktion müsse sicherstellen, dass Anträge korrekt eingebracht und zur Abstimmung gebracht würden; eine bereits im Dezember getroffene Entscheidung habe die Frage zudem entbehrlich gemacht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt die Einwendungen des Ratsmitglieds Reffgen zu TOP 7.1 der Niederschrift vom 24.09.2025 zur Kenntnis und stellt fest:

Alternative I:

dass die Niederschrift des Rates vom 24.09.2025 betreffend TOP 7.1 den gefassten Beschluss richtig und vollständig wiedergibt.

oder

Alternative II:

dass die Niederschrift des Rates vom 24.09.2025 betreffend TOP 7.1 den gefassten Beschluss nicht richtig bzw. nicht vollständig wiedergibt und dass nicht lediglich eine Vertagung beschlossen wurde, sondern die Verwaltung zugleich beauftragt worden ist, an der Kreuzung Westring / Schalbruch die Möglichkeit eines Kreisverkehrs zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung dem Rat vor erneuter Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis über die alternative Abstimmung

Alternative I (keine Änderung der Niederschrift)

37 Stimmen: CDU (20), SPD (11), Grüne (5), BGM Dr. Pommer (1)

Alternative II (Änderung der Niederschrift)

6 Stimmen: BA I Piraten (3), FDP (3=)

Enthaltungen

7 Stimmen: AfD (4), Die Linke (3)

Der Rat stellte somit mehrheitlich fest, dass die Niederschrift des Rates vom 24.09.2025 betreffend TOP 7.1 den gefassten Beschluss richtig und vollständig wiedergibt.

4.2 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

WP 25-30 SV
01/031

Ergänzter Beschlussvorschlag:

I. Der Rat entsendet auf Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes:

in den Sozialausschuss:

- als beratendes Mitglied: Malin Schmidt
- als stellv. beratendes Mitglied: Janes Delcuve

II. Der Rat entsendet auf Vorschlag des Seniorenbeirates der Stadt Hilden:

in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima und Mobilität als stellv. beratendes Mitglied:

Christel Gerling
(anstelle von Raimund Meven)

Der Rat entsendet auf Vorschlag des Behindertenbeirates der Stadt Hilden:

in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima und Mobilität:

- als beratendes Mitglied: Sabine Anna Roth
- als stellv. beratendes Mitglied: Karin Peters

in den Ausschuss für technische Infrastruktur:

- als beratendes Mitglied: Sabine Anna Roth
- als stellv. beratendes Mitglied: Andreas Bloch

in den Jugendhilfeausschuss:

- als stellv. beratendes Mitglied Mate Vasas

in den Ausschuss für Kultur und Heimatpflege

- als beratendes Mitglied Tamara Funder

in den Sozialausschuss

- als beratendes Mitglied Sabine Anna Roth
- als stellv. beratendes Mitglied Michaela Gurzinski

in den Schul- und Sportausschuss

- als beratendes Mitglied Tamara Funder

III. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bezirksregierung Düsseldorf Frau Sabine Klein-Mach als beratendes Mitglied für die weiterführenden Schulen im Jugendhilfeausschuss benannt hat.

IV.

a) Der Rat entsendet auf Vorschlag der AfD-Fraktion

in den Ausschuss für Kultur und Heimatpflege als stellv. stimmberechtigtes Mitglied für Frau Prof. Dr. Haupt

Jakob Stanek (sB)

b) Der Rat entsendet auf Vorschlag der Fraktion BA | Piraten:

in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

als stimmberechtigtes Mitglied Ralf Peter Beier (sB)

in den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

als stimmberechtigtes Mitglied Ralf Peter Beier (sB)

in den Rechnungsprüfungsausschuss

als stimmberechtigtes Mitglied Ralf Peter Beier (sB)

in den Schul- und Sportausschuss

als stimmberechtigtes Mitglied Ralf Peter Beier (sB)

in den Sozialausschuss

als stimmberechtigtes Mitglied Ralf Peter Beier (sB)

in den Aufsichtsrat GkA Grundstücksgesellschaft Hilden mbH

als beratender Teilnehmer Ralf Peter Beier

in den Aufsichtsrat Seniorendienste Stadt Hilden gGmbH

als beratender Teilnehmer Ralf Peter Beier

in den Aufsichtsrat Stadt Hilden Holding GmbH

als ordentliches Mitglied Ralf Peter Beier

in den Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Hilden GmbH

als beratender Teilnehmer Ralf Peter Beier

in den Arbeitskreis Sicherheit und Ordnung

als Vertreter der BA I Piraten Fraktion

Ralf Peter Beier

Anmerkung der Schriftführung:

Die Umbesetzungswünsche IV a) und b) wurden während der Ratssitzung mündlich bekannt gegeben und beschlossen.

Nach Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen wurde festgestellt, dass sich die Zusammensetzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration im Jahr 2025 nach der zu diesem Zeitpunkt geltenden Festlegung des Rates richtet. Nach der bis dahin maßgeblichen Regelung in

§ 7 der Hauptsatzung der Stadt Hilden gehörte dem Ausschuss neben den direkt gewählten Mitgliedern jeweils ein Ratsmitglied jeder im Rat vertretenen Fraktion an. Demnach ist die Besetzung mit dem sachkundigen Bürger Ralf Peter Beier nicht gesetzeskonform.

Die übrigen Umbesetzungen sind gesetzeskonform.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

5.1 Kommunaler Gesamtabschluss für das Jahr 2022

WP 25-30 SV
20/028

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, begrüßte Herrn Thomas Semelka von der EversheimStuible Treuberater GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, der für Rückfragen zur Verfügung stehe.

Da seitens der Ratsmitglieder keine Rückfragen gestellt wurden, habe er sodann unmittelbar über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen lassen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden verweist den Gesamtabschluss der Stadt Hilden für das Jahr 2022 zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen von „Die Linke“.

5.2 Grundsteuerhebesatzsatzung 2026

WP 25-30 SV
20/026

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzt und zur Beratung in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen verwiesen.

5.3 Änderung der Friedhofsgebührensatzung (34. Nachtrag)

WP 25-30 SV
68/005

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorlagen, ließ der Vorsitzende und Bürgermeister Dr. Pommer unmittelbar abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt den folgenden Nachtrag zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden (Friedhofsgebührensatzung) vom 20.06.1996:

34. Nachtrag vom _____ zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden (Friedhofsgebührensatzung) vom 20.06.1996

Aufgrund von § 4 des Bestattungsgesetzes NRW und § 7 Abs. 2 i.V.m. § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung NRW in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Hilden in seiner Sitzung am 04.02.2026 folgende Änderung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden (34. Nachtrag) beschlossen:

§ 1

Die Gebührensatzung vom 20.06.1996 für die Friedhöfe der Stadt Hilden (Friedhofsgebührensatzung) wird wie folgt ergänzt:

Dem gemäß § 1 Abs. 2 der Friedhofsgebührensatzung zu dieser Satzung gehörenden Gebührentarif werden ergänzend zur aktuellen Fassung (in Kraft getreten 01.01.2026) die folgenden drei aufgeführten Gebührentatbestände hinzugefügt:

Tarif- stelle/Nr.	Gegenstand	Gebühr 2026
8.3.6	Begräbniswald (30 Jahre)	484 €
8.3.7.1	Urnenhof NF (20 Jahre)	1.223 €
8.3.7.2	Urnenhof NF (30 Jahre)	1.835 €

§2

Diese Ergänzung der Friedhofsgebührensatzung wird rückwirkend zum 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

5.4 Nachtrag zur Änderung der Schulsatzung der Musikschule

WP 25-30 SV
41/013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

6.1	Audiovisuelle Dokumentation und Bereitstellung von Rats- und Ausschusssitzungen zur Stärkung der Transparenz und Inklusion; Antrag der Fraktion Die Linke vom 12.01.2026	WP 25-30 SV 01/033
-----	--	-----------------------

Rm Siedentop / BA I Piraten beantragte, den Antrag unter Punkt 2 um eine Liveübertragung zu erweitern, sodass neben der Aufzeichnung auch ein Livestream der Sitzungen erfolgen solle, um die Transparenz weiter zu fördern.

Rm Stöter/ SPD erklärte, dass er grundsätzlich die Wiedereinführung befürworte, da hierdurch die Partizipation gestärkt werde und sich insbesondere für die Fachausschüsse ein Mehrwert ergebe. Mit Blick auf den veralteten Sitzungssaal halte er es jedoch für sinnvoller, die entsprechende Technik im Zuge eines Umbaus des Saals mitzudenken. Daher lehne die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag ab, bittet jedoch darum, das Thema im Rahmen der Renovierungsplanung zu berücksichtigen.

Rm Didschuneit/ Grüne führte aus, dass Transparenz und klare Kommunikation wichtig seien. Die Verwaltung prüfe die Einführung bereits und habe eine Beschaffung für Mitte beziehungsweise Ende 2027 in Aussicht gestellt. Dies halte sie für zu spät. Sie sprach sich für eine frühere Prüfung aus und betonte zudem die Bedeutung der Barrierefreiheit.

Bürgermeister Dr. Pommer sagte zu, dass die Verwaltung die Prüfung im Zusammenhang mit der Renovierung des Bürgersaals bis Ende 2026 vorlegen werde.

Rm C. Schlottmann / CDU erklärte, dass auch ihre Fraktion den Antrag derzeit ablehne, da eine technische Lösung sinnvollerweise in die Sanierungs- und Modernisierungsplanung des Sitzungssaals eingebunden werden sollte. Wenn investiert werde, müsse die Lösung für mindestens 20 Jahre tragfähig sein. Daher spreche sie sich für eine gründliche Prüfung aus.

Herr Becker, Leiter des Bürgermeisterbüros, erläuterte, dass eine Umsetzung im Jahr 2027 sinnvoller erscheine und versicherte, dass der Verwaltung daran gelegen ist, die technischen Voraussetzungen auch für Dokumentation und Übertragung von Sitzungen entsprechend dem aktuellen Stand der Technik zu installieren.

Beigeordneter Stuhlträger erklärte, dass entsprechende Planungen und Prüfungen grundsätzlich erfolgen würden, dies jedoch unter dem Vorbehalt der verfügbaren Haushaltsmittel stehe. Es sei davon auszugehen, dass hierfür erhebliche finanzielle Mittel erforderlich seien, die von der Politik bereitgestellt werden müssten.

Rm Joseph / FDP erklärte, dass er den Antrag grundsätzlich unterstütze, da hierdurch Transparenz, Dokumentation und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden könnten.

Rm Buchholz / AfD merkte an, dass zunächst der Sitzungssaal modernisiert und die Finanzierung im Haushalt sichergestellt werden müsse. Derzeit sehe er hierfür keinen geeigneten Zeitpunkt.

Rm Benoit/ BA I Piraten verwies auf Erfahrungen im Kreis und erklärte, dass eine kurzfristige mobile Aufzeichnungslösung problemlos möglich sei. Er sprach sich daher dafür aus, nicht auf die Sanierung zu warten, sondern eine mobile Zwischenlösung zu prüfen und gegebenenfalls einzusetzen.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Pommer, ließ sodann zunächst über den erweiterten Antrag der Fraktion BA I Piraten zur Durchführung eines Livestreams abstimmen und anschließend über den Antrag der Fraktion Die Linke.

Antragstext:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, ab März 2026 die öffentlichen Teile der Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse in Bild und Ton aufzuzeichnen.
2. Ein Live-Streaming („Rats-TV“) findet nicht statt.
3. Die Aufzeichnungen werden zeitversetzt mit einer Frist von 14 Tagen für 12 Monate ab Datum der Veröffentlichung im Bürgerinfoportal bereitgestellt. Ziel ist es,
 - Bürgerinnen und Bürgern mit Mobilitätseinschränkungen (Alter, Krankheit, Behinderung) die Teilhabe an der demokratischen Debatte zu ermöglichen,
 - den Schriftführerinnen und Schriftführern eine sichere Grundlage zur präzisen Anfertigung der Niederschriften zu bieten und so die Protokollsicherheit zu erhöhen,
 - Streitigkeiten und Zweifel bezüglich getätigter oder nicht getätigter Aussagen bereits im Vorfeld auszuräumen,
 - die Transparenz der Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger Hildens zu erhöhen.
4. Um die Persönlichkeitsrechte anwesender Bürgerinnen und Bürger zu schützen, beginnt die Aufzeichnung erst nach Ende der Einwohnerfragestunde. Sie endet mit der förmlichen Schließung des öffentlichen Teils. Die Aufnahme in Bild und Ton von anwesenden Bürgerinnen und Bürgern ist strikt untersagt.
5. Um eine missbräuchliche Verwendung des Bildmaterials durch Dritte weniger wahrscheinlich zu machen, werden folgende Sicherungen implementiert:
 - Permanentes Wasserzeichen: Das Videobild wird über die gesamte Dauer mit einem deutlichen, transparenten Hinweis (z. B. dem Stadtwappen oder einem entsprechenden Hinweis) versehen.
 - Nutzungsbeschränkung: Die Bereitstellung erfolgt über einen Stream im Bürgerinfoportal ohne direkte Download-Funktion.
6. Die Bereitstellung der Aufzeichnungen des nicht-öffentlichen Teils von Rats- und Ausschusssitzungen erfolgt innerhalb von 14 Tagen für 12 Monate getrennt von denen des öffentlichen Teils. Diese dienen ausschließlich der internen Dokumentation für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und der Verwaltung und sind ausschließlich über das Gremieninfoportal zugänglich. Eine über persönliche Informationszwecke hinausgehende Verwendung dieser Aufzeichnungen ist untersagt. Punkt 5 findet hier entsprechend Anwendung.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, eventuell notwendige Änderungen der Geschäftsordnung (GO) für den Rat und die Ausschüsse vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis zur Erweiterung des Antrags der Fraktion BA I Piraten („Livestream“):

Mehrheitlich abgelehnt bei

9 Ja-Stimmen (BA I Piraten: 3, Linke: 3, FDP: 3) und

43 Nein-Stimmen (CDU: 20, SPD: 11, AfD: 5, Grüne: 6, Bürgermeister Dr. Pommer: 1).

Abstimmungsergebnis zum ursprünglichen Antrag der Fraktion Die Linke:

Mehrheitlich abgelehnt bei

9 Ja-Stimmen (BA I Piraten: 3, Linke: 3, FDP: 3) und

43 Nein-Stimmen (CDU: 20, SPD: 11, AfD: 5, Grüne: 6, Bürgermeister Dr. Pommer: 1)

Rm Ferdmann/ AfD warb für den Antrag und erklärte, dass eine dauerhafte Beflaggung an bereits vorhandenen Masten am Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden ein sichtbares Zeichen für den demokratischen Staat im Alltag setzen könne. Dies sei rechtlich möglich. Die AfD-Fraktion sei zudem bereit, witterungsbeständige Flaggen selbst zu beschaffen, sodass der Stadt keine Kosten entstünden.

Rm Joseph/FDP sprach sich gegen den Antrag aus und führte aus, dass Beflaggungen besonderen Anlässen vorbehalten bleiben sollten.

Rm Vocke/ AfD erklärte, dass Menschen mit Migrationshintergrund Schwierigkeiten hätten, sich in ein Land zu integrieren, das sich selbst ablehne. Eine dauerhafte Beflaggung könne die Identifikation mit dem Land stärken und eine emotionale Grundlage schaffen.

Rm Groß/CDU erklärte, dass durch eine Beflaggung allein keine Identität entstehe und hierdurch keine Probleme gelöst würden. Entscheidend sei vielmehr, demokratische Werte in der politischen Praxis zu leben.

Rm Stöter/SPD betonte ebenfalls, dass der Antrag keine Probleme wie Bildung oder Wohnungssuche löse und daher Symbolpolitik darstelle. Man solle sich auf die wesentlichen Herausforderungen konzentrieren und keine Ressourcen für symbolische Maßnahmen einsetzen.

Auch Rm Didschuneit/ Grüne schloss sich den Ausführungen der CDU- und SPD-Fraktion an und erklärte, dass Beflaggungen anlassbezogen erfolgen sollten.

Antragstext:

Forderung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat einen Kurzbericht vorzulegen über
 - den aktuellen Zustand der vorhandenen Beflaggungseinrichtungen,
 - erforderliche Instandsetzungen oder Neuanschaffungen,
 - sowie eine Einschätzung der voraussichtlichen Kosten.
2. Die Stadt Hilden stellt sicher, dass an allen öffentlichen Gebäuden der Kommune, an denen bereits eine Beflaggungseinrichtung vorhanden ist, dauerhaft eine gut sichtbare Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold gehisst wird.

Die Pflichtbeflaggung nach Landesrecht bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin vollständig umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen der AfD-Fraktion.

Rm Toska / Bündnis 90/Die Grünen begrüßte den Antrag des Jugendparlaments und erklärte, dass sie diesen gerne unterstütze.

Auch Rm Reffgen / BA I Piraten begrüßte den Antrag ausdrücklich und verwies darauf, dass bereits Beiräte in dem Ausschuss vertreten seien, was eine konstruktive Beteiligung ermögliche.

Rm Wiemers / CDU erklärte, dass auch die CDU-Fraktion dem Antrag gerne zustimmen werde und sich über das Engagement der Jugendlichen sehr freue.

Antragstext:

Hiermit beantragen wir, das Jugend- und Kinderparlament der Stadt Hilden einen Sitz als beratendes Mitglied im Kulturausschuss durch Hayat Bouchihan und Lea Trennhaus als Vertretung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, teilte mit, dass bei der Aufsichtsbehörde des Kreises Mettmann eine Beanstandung der Fraktionen BA I Piraten, Die Linke und FDP gegen den Ratsbeschluss zur Begrenzung der Anzahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger eingegangen sei. Die Verwaltung habe hierzu bereits eine Stellungnahme abgegeben, die im Rahmen der Prüfung durch den Kreis Mettmann berücksichtigt werde.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Antrag der AfD-Fraktion: Einführung eines KI-Assistenten zur Bürgerberatung

Rm Buchholz/AfD verlas folgenden Antrag:

„A Forderung

Die Stadt Hilden prüft die Einführung eines KI-basierten Assistenten auf ihrer Webseite. Der KI-Assistent soll direkt auf der Startseite (www.hilden.de) prominent und leicht zugänglich platziert werden, um Bürgerfragen rund um die Uhr zu beantworten.

Ziel ist es, den Bürgern Hildens rund um die Uhr Unterstützung zu bieten und gleichzeitig die Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Standardanfragen zu entlasten.

B Begründung

Die Stadt Düsseldorf hat kürzlich einen KI-Assistenten auf ihrer Webseite eingeführt, der Bürgerfragen (z. B. zur Ummeldung) direkt online beantwortet. Der Assistent nutzt Künstliche Intelligenz und bezieht sein Wissen aus dem Webangebot der Stadt Düsseldorf.

Der Düsseldorfer Dezernent für Digitalisierung, Personal und Organisation berichtet: „Der Chatbot bündelt wichtige Informationen an einem Ort und hilft dabei, Anliegen schnell und unkompliziert zu klären. Zudem entlastet er die Verwaltung von Standardanfragen, die so direkt online erledigt werden können.“ (Quelle: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-ki-chat-bot-soll-buergerfragen-beantworten-koennen_aid-142914457)

Eine vergleichbare Lösung würde auch in Hilden den Bürgern eine jederzeit verfügbare, schnelle Unterstützung bieten.“

8.2 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Zeitrahmen zur Erstellung von Niederschriften

Rm Toska/Bündnis 90/Die Grünen verlas folgenden Antrag:

„Die Stadt Hilden stellt zukünftig ihre Niederschriften in einem festen Zeitrahmen von maximal 4 Wochen zur Verfügung

Begründung:

Um eine gezielte Nachberatung von Sitzungen der Fachausschüsse, sowie der jeweiligen Sitzung des Stadtrates durchführen zu können, müssen die Niederschriften dieser Sitzungen in einem angemessenen Zeitrahmen zur Verfügung stehen.

Hierfür sind im Normalfall maximal 4 Wochen als ausreichend zu betrachten.

Sollte dieser Zeitrahmen nicht eingehalten werden können, ist dies den Fraktionen mit einer entsprechenden Begründung mitzuteilen.“

8.3 Antrag SPD-Fraktion: Leuchtschrift "Hilden - was liegt näher"

Rm Hammer/SPD verlas folgenden Antrag:

„Die Leuchtschrift „Hilden – was liegt näher“ am bisherigen Standort in der Innenstadt unter Verwendung moderner, energiesparender LED-Technik wieder aufzuhängen.

Den Claim „Hilden – „was liegt näher“ strategisch weiterzuentwickeln und als verbindendes Element der Corporate Identity für Stadtmarketing, Veranstaltungen sowie digitale und analoge Kommunikationsmaßnahmen für Innenstadtwerbung zu etablieren.

Die Verwaltung wird beauftrag mit dem Stadtmarketing Hilden e.V. einen Umsetzungs-, Gestaltungs- und Finanzierungsplan zu erarbeiten.

Darüber hinaus soll die Stadt gemeinsam mit dem Stadtmarketing Hilden e. V. ein Konzept zur Reparatur, Instandhaltung und Modernisierung der betreffenden Anlagen bzw. Maßnahmen erarbeiten und deren nachhaltige Umsetzung sicherstellen.

Begründung:

1. Stärkung eines identitätsprägenden Symbols

Die Leuchtschrift „Hilden – was liegt näher“ ist ein emotional verankertes Wahrzeichen der Stadt. Ihre Wiederaufhängung setzt ein sichtbares Zeichen für Kontinuität, lokale Identität und die Wertschätzung gewachsener Stadtgeschichte.

2. Strategische Nutzung eines etablierten Claims

Der Claim besteht seit Jahrzehnten und verbindet Nähe, Zentralität und Lebensqualität auf prägnante Weise. Durch eine behutsame Weiterentwicklung kann er zielgruppengerecht für Innenstadtmarketing, Wirtschaftsstandort-Kommunikation sowie digitale Medien eingesetzt werden, ohne seine Wiedererkennbarkeit zu verlieren.

3. Stärkung von Innenstadt und Wirtschaft

Die sichtbare Präsenz der Leuchtschrift in Kombination mit einer konsequenten Markenführung steigert Aufmerksamkeit, Aufenthaltsqualität und Besucherfrequenz. Eine klare Markenbotschaft unterstützt zudem den lokalen Handel und die Positionierung der

Innenstadt.

4. Einheitliches Erscheinungsbild und Wiedererkennbarkeit

Die Integration des Claims in die Corporate Identity schafft ein konsistentes, modernes und unverwechselbares Erscheinungsbild der Stadt Hilden.

5. Bürgernähe und Beteiligung

Die Weiterentwicklung bietet die Möglichkeit zur Einbindung von Bürgerschaft, Vereinen und Unternehmen. Dies stärkt Identifikation, Engagement und die gemeinsame Markenbildung.“

8.4 Antrag SPD-Fraktion: Beitritt zum Netzwerk "Sicher im Dienst"

Rm Buchner/SPD verlas folgenden Antrag:

„Die Stadt Hilden tritt nach Ratsbeschluss dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ bei und erarbeitet im Zuge des Beitritts eine zu veröffentlichende Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz.

Begründung:

Seit Jahren ist leider die Entwicklung von immer mehr verbaler und körperlicher Gewalt gegenüber Rettungs- und Ordnungskräften sowie weiteren Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen zu beobachten. Das Land NRW hat zum Austausch und Bereitstellung von diversen Hilfsangeboten für diese Problematik das Netzwerk „Sicher im Dienst“ geschaffen. Einige tausend Beschäftigte sowie viele Institutionen und Behörden sind bereits beigetreten. Da kein Mitgliedsbeitrag erhoben wird, ist eine Mitgliedschaft ausschließlich von Vorteil für alle Beteiligten.

Im Zuge des Beitritts haben einige Kommunen eine Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz erarbeitet und veröffentlicht. Ein solche Erklärung, würde die Bemühungen der Stadt Hilden um die Sicherheit ihrer Beschäftigten unterstreichen.“

8.5 Antrag zum Haushalt FDP-Fraktion: Grundsteuer

Rm Joseph/FDP verlas folgenden Antrag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt:

Den als Anlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer (Hebesatzung GrSt) der Stadt Hilden als Satzung mit einem einheitlichen Hebesatz für die Grundsteuer B für Wohngrundstücke und Nichtwohngrundstücke mit folgenden Hebesätzen:

a) für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A)

290 v.H.

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)

580 v.H.

Begründung

Eine Gleichbehandlung zwischen Wohngrundstücken und Nichtwohngrundstücken sehen wir als zwingend notwendig an. Des Weiteren sind die Wohnkosten in Hilden zu hoch. Demzufolge fordern wir eine Herabsetzung der Grundsteuer auf die vorletzte Erhöhung im Jahr 2024. Die Grundsteuer B ist für Vermieter umlegbar und

trifft somit jeden Hildener Bürger und Bürgerin, womit gerade die Einkommensschwächeren am härtesten belastet werden.

Gegenfinanzierung:

1. Globaler Minderaufwand 1,8 Mio. €, 2. Einführung Personalkostenbudget ca. 1 Mio. € 3. Verschiebung der Klimaneutralität auf 2045 4. Verzicht auf Anmietung und Renovierung der Räumlichkeiten der VHS in der Höhe von 1 Mio. €“

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Christina Schroeder / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Amtsleiter Bürgermeisterbüro